

EU-Binnenmarktpaket: Kommission schießt übers Ziel hinaus und gefährdet Verbraucherschutz

1 **Stuttgart. Das baden-württembergische Handwerk bekennt sich ausdrücklich zum**
2 **europäischen Binnenmarkt. „Mit dem im Januar vorgestellten Binnenmarktpaket**
3 **schießt die EU-Kommission jedoch über das Ziel hinaus“, kritisiert**
4 **Landeshandwerkspräsident Rainer Reichhold aber ebenso deutlich den**
5 **Richtlinienentwurf über eine Verhältnismäßigkeitsprüfung für**
6 **Berufsreglementierungen.**

7 Am morgigen Freitag (10.03.) befasst sich, wie auch heute schon der Bundestag, der
8 Bundesrat mit diesem zentralen Teil des Binnenmarktpaketes. Damit sollen den
9 Mitgliedsstaaten exakte Kriterien vorgegeben werden, an Hand derer sie ihre
10 Berufsreglementierungen prüfen müssen. Das Handwerk sieht in der vorgesehenen Regelung
11 eine massive Gefahr für das Prinzip „Qualität durch Qualifizierung“, für die Weiterentwicklung
12 der Berufe im Handwerk und die berufliche Selbstverwaltung in Deutschland. Reichhold: „Die
13 EU-Kommission verkennt, dass Qualifikationsanforderungen an den Berufszugang ein Garant
14 für nachhaltiges Unternehmertum, eine hohe Ausbildungsleistung und einen präventiven
15 Verbraucherschutz sind.“ So verschwinden jedes Jahr nur rund fünf Prozent der
16 Meisterbetriebe vom Markt, jedoch rund jeder siebte Betrieb ohne Meister. Die
17 Verhältnismäßigkeitsprüfung stelle notwendige Modernisierungen der
18 Qualifikationsanforderungen, wie sie beispielsweise durch die Energiewende oder die
19 Digitalisierung notwendig sind, in Frage.

20 Die deutschen Regelungen seien kein Hemmnis für den Binnenmarkt, so Reichhold. Wer sich
21 hier mit einer vergleichbaren Qualifikation selbstständig machen wolle, dem stünden in Baden-
22 Württemberg die Türen offen. Zudem seien solch detaillierte Prüfungen, wie in der Richtlinie
23 vorgesehen, nicht durch die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs gedeckt. Der
24 Baden-Württembergische Handwerkstag (BWHT) begrüßt, dass der Bundesrat hierzu eine
25 Subsidiaritätsrüge beschließen will. Ebenso will der Bundesrat die Verletzung der Subsidiarität
26 beim Richtlinienentwurf zur Einführung einer Notifizierungspflicht, mit der eine Vorab-Prüfung
27 bei allen dienstleistungsrelevanten Regelungen etabliert werden soll, rügen. Das Handwerk
28 befürchtet, dass Gesetzgebungsverfahren im Land damit massiv erschwert und der
29 Handlungsspielraum stark eingeschränkt werden.